

Wiesbadener Neueste Nachrichten

Wiesbadener

Generalanzeiger



Organ von Staats-, Stadt- u. Gemeindebehörden.

Mittagszeitung der Stadt Wiesbaden.

Durch unsere Träger u. Abonnenten...
Preis des Heftes 1.15 RM. u. 4.25 RM. Abonnement 12.00 RM. u. 42.00 RM.
Bei der Post bestellbar. — Die Preisliste der Wiesbadener Neuesten Nachrichten liegt bei den Zeitungsverkäufern und in den Postämtern aus.
Eingelagert mit 500 RM. gegen Ablieferung bei der Wiesbadener Lebensversicherungsbank in Wiesbaden verpfändet.

Angelagerter: Wiesbaden u. 15 km Umkreis: Deutsches Reich: Ausland: Belgien: 1.
Die 24 mm breite Monatszeitung oder deren Raum 12.00 RM. 30.00 RM. 200.00 RM.
Im Restverkauf: Die 24 mm breite Monatszeitung 12.00 RM. 30.00 RM. 200.00 RM.
Nachdruck bei Wiederholungen ohne Genehmigung und Vervielfältigung nach Vorschrift des Urheberrechts durch Abdruck und bei sonstigen Verletzungen wird der rechtliche Nachdruck verfolgt.

Geöffnet Montags von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Sonn- und Feiertags geschlossen.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Nikolaistraße 11. Fernruf: 5915 und 5916.

Nummer 193

Dienstag, den 22. August 1922.

37. Jahrgang

Poincarés Pfänder-Politik.

Herr Raymond Poincaré, dessen Gefolgschaft in der französischen Großindustrie und in den nationalistischen Kreisen Frankreichs von ihm Taten verlangt, die den besonderen Interessen und Zielen dieser Kreise entsprechen, hat die unfruchtbare Reihung der Reden zum Fenster hinaus benutzt, um seine Politik der produktiven Pfänder zu rechtfertigen und wieder einmal mit den bösen Leuten in England und den schlechten Menschen in Deutschland Abrechnung zu halten. Er weiß ebenso gut wie jeder wirtschaftlich halbwegs unterrichtete Europäer, daß Deutschland heute und in Zukunft die phantastischen Forderungen des Versailler Vertrags nicht erfüllen kann, aber ihn beschweren nicht Gedanken an die Kultursolidarität und die gemeinsamen Interessen der Völker. Er besteht auf einem Rechtsstandpunkt, der als unhaltbar und friedens- und wirtschaftsfeindlich in der ganzen Welt anerkannt wurde und ruft nach England und nach Deutschland, daß Frankreichs Heil und Existenz nur in der Erreichung der produktiven Pfänder bestehe. Dies sollte beiseite keine Annexion oder Hegemonie bedeuten, sondern nur eine Garantienmaßnahme bis zur Erfüllung der französischen Forderungen durch Deutschland, also bis zu einem Tage, der nie sein wird, weil er einfach nicht sein kann. Und wenn heute aufgrund der neuen Pfänderrede der Marktfuß sich wieder fortsetzt, wird Herr Poincaré wieder der deutschen Regierung die Schuld zuschieben, und die Staatsmänner Europas werden weiter theoretische Schuld und doktrinaire Anklagen und ebenso theoretische und doktrinaire Ablehnungen konstruieren, während die Völker nach Ruhe, Arbeit, Frieden und gemeinsamer sachlicher und verständnisvoller Tätigkeit sich sehnen. Es ist zum Verzweifeln!

Paris, 21. Aug. Aus Anlaß der Eröffnung der Tagung des Generalrates im Palais National hielt

Ministerpräsident Poincaré

eine politische Rede über die Reparationsfrage. Die Lösung der Reparationsfrage werde nicht nur durch den schlechten Willen Deutschlands behindert, sondern sie habe auch auf überraschende Schwierigkeiten. Seit dem Waffenstillstand hätte jedes der Völker, die Seite an Seite gekämpft haben, nach und nach nicht nur die Erinnerung der Waffenbrüderschaft, sondern den wahren Begriff der politischen Solidarität verloren. Vergessen die Nationen, von denen einige mehr als Frankreich vom Imperialismus befreit wurden, es Gott weiß welcher Herrschaftsdränge anzuklagen. Frankreich verlange nichts anderes als die Ausführung der Verträge.

Aber seine Forderungen, von denen sein Heil abhängt, würden nicht immer von seinen besten Freunden begriffen. Sie sehten ihrerseits ihre Sorgen und ihre Interessen voran. Teilweise seien sie auch, daß ihre Industrien durch Arbeitslosigkeit paralysiert seien, und sie seien von dem Wunsch befallen, sollte es was es wolle, ausländische Märkte wieder zu gewinnen. Sie gingen ihre Wege, Frankreich den seinigen. In was führe es, wenn man heute

die lange Serie der Enttäuschungen Frankreichs

aufzähle, die Konzeptionen, die man von ihm zugunsten Deutschlands verlangt habe, die Abträge, die man nach und nach Frankreichs Forderungen aufgezogen habe, die Widersprüche, die man jedesmal dann erhoben habe, wenn Frankreich geratet habe, Garantien und Sanktionen zu nehmen. Eine Allianz könne aber nur dauernden Bestand haben, wenn sie auf Gleichheit und gegenseitigem Respekt der nationalen Souveränität beruhe.

Ministerpräsident Poincaré ging alsdann dazu über, von dem Wesen der Mehrheit zu sprechen, dem Frankreich unterlegen sei bei den interalliierten Konferenzen oder innerhalb der Reparationskommission.

Die britische Regierung.

Die Kaiserlich nur von freundschaftlichen Gefühlen und gegenüber beiseite ist, hat sich indessen nicht ganz den schweren Ernst unserer Finanzlage klar gemacht und auch nicht das kapitale Interesse, das wir daran haben, von Deutschland rasch entschädigt zu werden. Jedesmal, wenn wir, um endlich bezahlt zu werden, den Vorschlag gemacht hatten, gemeinschaftlich zu dem unumgänglichen Zwang zu schreiben, hat sie uns widersprochen in der vergeblichen Hoffnung, durch Versprechungen und Güte zu einem Ergebnis zu kommen.

Poincaré kam hierauf

auf den Marktfuß

zu sprechen. Er erinnerte an die Erklärungen des Reichskanzlers Dr. Brüning, der die Aufkündigung, die deutsche Regierung habe den Marktfuß absichtlich herbeigeführt, zurückgewiesen habe. Dieser Behauptung habe auch die englische Regierung in einem Wortlaut zur Eröffnung der Londoner Konferenz ein kategorisches Dementi entgegengelehrt. Poincaré suchte zu beweisen, daß der Marktfuß weder den Zahlungsbedingungen noch den Reparationszahlungen Deutschlands zuzurechnen sei. Das Defizit der französischen Handelsbilanz, in Frankreich umgerechnet, in den Jahren 1919/1921 überfalle das Defizit der deutschen Handelsbilanz der gleichen Zeit um 28,125 Milliarden Papierfranken. Deutschland habe bis zum 21. 12. 21 Reparationszahlungen und Zahlungen 3 Milliarden Goldmark, die es in 12 Milliarden Papierfranken umrechne, bezahlt. Von 1919/1921 habe Frankreich die passiven Handelsbilanz im Betrage von 54 Milliarden Franken an das Ausland bezahlt. Deutschland habe aber nur in der gleichen Zeit 32 Milliarden Franken bezahlt. Dieser zahlenmäßige Vergleich beweise, daß der Marktfuß nicht den Zahlungen an das Ausland zuzurechnen sei, im Gegenteil der übertriebenen Banknoten Ausgabe des deutschen Reiches und der massenhaften Kapitalflucht ins Ausland. Vernünftiger, gerechter und logischer Weise hätte darum die Reparationskommission schon mehrere Male

ein Verzeichnis Deutschlands

stellen sollen. Aber die von gewissen alliierten Regierungen gegebenen Instruktionen waren immer ausnahmsweise

gelingend, und obschon die Verfehlungen Deutschlands offensichtlich und wiederholt waren, ist man seit April 1921 niemals zu einer reg-rechten Restitutions dieser Verfehlungen geschritten. Soweit waren wir, als Deutschland

sein neues Moratoriumsverlangen

formuliert hat. Ohne uns zu befragen, hat die britische Regierung öffentlich erklärt, daß es scheine, man müsse ihm das Moratorium bewilligen. In gleicher Zeit hat in einer übrigens sehr höflich gehaltenen Note die britische Regierung daran erinnert, daß Frankreich der Schuldner Englands sei, und daß das Schicksal dieser Schuld zum großen Teil von den Entschlüssen abhängt, die Amerika als Gläubiger Englands seinem Schuldner gegenüber annehme.

Wir waren sehr erstaunt, daß eine derartige Reklamation uns gerade in dem Augenblick übermittelt wurde, in welchem Deutschland ankündigte, daß es nicht bezahlen werde, und in dem England Deutschlands Verlangen unterstützte. Das Zusammenreffen war zum wenigsten bedauerndwert. Poincaré erklärte weiter, daß, wenn Frankreich seine Schulden an England zurückzahlen müsse, ohne daß Deutschland gleichzeitig seine Verpflichtungen erfülle, Frankreich gezwungen werde, die kontinentalen Alliierten um Zurückzahlung ihrer Schulden an Frankreich zu ersuchen. Dies würde Frankreich in eine sonderbare Lage versetzen. Frankreich denke nicht im geringsten daran, seine Alliierten um Bezahlung anzusuchen, sondern wolle nur, daß Deutschland bezahle. Bis dahin werde es Frankreich unmöglich sein, seine Schulden an England zurückzugeben.

Die Reparationsschuld Deutschlands und die interalliierten Schulden können nicht in einen Topf geworfen werden.

Bei der einen handele es sich um eine Schuld für verursachte Schäden, bei der anderen um Ausgaben, die im gemeinsamen Interesse aller Alliierten gemacht worden seien. Es sei aber wünschenswert, daß wenigstens eine Konferenz aller Alliierten einberufen werde, die sich mit der Regelung der alliierten Schulden zu beschäftigen hätte.

Die Note der englischen Regierung hatte es uns unmöglich gemacht, dieses wichtige Problem in London sofort anzuschneiden, und die trübselige Pöflichkeit, die Deutschland bisher dem von der Reparationskommission gestellten Reform- und Kontrollverlangen gegenüber gezeigt hat, würde weiterhin es nicht möglich machen, sofort die Möglichkeit einer von Deutschland für seine Reparationszahlungen auszunehmende Anleihe ins Auge zu fassen. Es blieb also für den Augenblick nur übrig, jedes neue Moratorium abzulehnen, oder es

nur gegen produktive Pfänder

zu gewähren, von denen ich eine Anzahl genauer bezeichnet habe, darunter die Staatswerke im Ruhrgebiet und die deutschen Staatswerke. Das ist der Grundsatz, den ich aufgestellt habe, und dem ich anzuhaften die englische Regierung sich nicht hat entschließen können. Der Grundsatz bleibt heute so wie gestern der Grundsatz der französischen Regierung. Was auch immer kommen möge, wir werden nicht auf ihn verzichten.

Wenn wir von Pfändern und Garantien sprechen, dann bezieht man sich — das ist wahr — in Deutschland stets und bisweilen auch anderswo und Hintergedanken zuzuschreiben. Dieser Tage noch haben uns zahlreiche deutsche Blätter angeklagt, daß wir ihr Land zur Sklaverei zwingen und sogar es vernichten wollten. Wir haben noch nie so fiktive und absurde Pläne gehabt und haben sie auch jetzt nicht. Selbst wenn wir im Gegensatz zu unseren Wünschen dazu geführt werden sollten, isoliert Pfänder zu nehmen ohne die Hilfe unserer Verbündeten, würden wir nicht versuchen, sie uns endgültig anzueignen. Wir würden nur die Garantien festhalten bis zu dem Augenblick, wo Deutschland seine Einwilligung dazu gibt, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Wir wissen übrigens recht gut, daß selbst die besten unserer Pfänder und nicht sehr schnell für die Forderungen entschädigen würden.

Was darüber auch einige englische Publizisten sagen mögen, wir sind weder Leute wie Nero noch Leute wie Bismarck.

Wir wissen ganz gut, daß die Welt an unseren Grenzen nicht zu Ende ist, und so leidenschaftlich auch unsere nationale Politik sein möge, sie ist weder engstirnig noch blind. Sie wäre wirklicher Wahnsinn, wenn sie nicht versuchen würde, sich mit einer weitherzigen europäischen Politik zu verbinden. Wir verlangen nur, die Alliierten unserer Alliierten und die Freunde unserer Freunde zu bleiben. Wir verlangen nur, mit unseren Feinden von gestern friedliche und courtoisvolle Beziehungen wieder aufzunehmen. Aber wir wollen, daß der uns zugefügte Schaden repariert wird, und das wird geschehen.

Unter dem Joch der Valuta.

Berlin, 22. Aug. In den Berliner Bankkreisen hat sich seit gestern eine gewisse Trennung der Auffassung über die nächste Zukunft geltend gemacht. Es zeigt sich, daß die Notwendigkeit der Mark, die jetzt zu den Devisenmärkten erforderlich sind, in den Kreisen der Industrie immerhin ein leichtes Abwärtsgleiten der Devisenkassette und Kaufkraft zur Folge haben. Im Zusammenhang damit steht seit gestern die sehr ernsthaft besprochene Mitteilung, daß eine Reihe von Industriern grundsätzlich beschließen habe, die Produktion auf eigene Rechnung abzustellen und nur noch Lohnarbeit für ausländische Rechnung auszuführen. Falls sich diese Mitteilung bestätigt, würde natürlich der Devisenmarkt eine weitere Entspannung erfahren, weil bei dieser Arbeit die ausländischen Auftraggeber dem inländischen Fabrikanten den Rohstoff oder das Halbfabrikat zur Verfügung stellen würden.

Barmen, 21. Aug. Der Verband der Fabrikanten maschinengefloppelter Epigen in Barmen wird in Zukunft seine Rechnungen in Dollar anstellen, wobei es den einzelnen Kaufmännern überlassen bleibt, in Dollar oder in deutscher Mark zu bezahlen. Der Steuerzuschlag und die Vorbehaltssatzung fallen in Zukunft fort.

Die Repko in Berlin.

Berlin, 22. Aug. Gestern nachmittag fand die erste Besprechung Bradburns und Macleres mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und dem Staatssekretär Bergmann über die Frage des Moratoriums im Reichsfinanzministerium statt. Die Verhandlungen dauerten etwa eine Stunde. Die beiden Vertreter der Reparationskommission entwickelten den bekannten französischen und englischen Standpunkt. Die Diskussion führte noch zu keinen Beschlüssen, sondern diente in der Hauptsache der gegenseitigen Information. Die eigentlichen sachlichen Verhandlungen sollen erst heute beginnen. Die politische Leitung der Verhandlungen liegt in den Händen des Reichskanzlers, der sich die letzte Entscheidung vorbehalten hat.

Da die Verhandlungen streng vertraulich sind, müssen alle Meldungen über den Inhalt der Verhandlungen als Kombinationen bezeichnet werden.

Inspekt in Paris.

Aus Paris wird berichtet, in den Kreisen der Mitglieder der Reparationskommission beurteile man die Aussichten der Berliner Besprechungen zuversichtlich. Man befindet die Überzeugung, daß die Besprechungen bei einigem guten Willen der deutschen Regierung manche Möglichkeiten bieten, um den französischen Widerstand gegen das Moratorium zu brechen. Gegenüber den Drohungen, die Poincaré täglich durch die Presse verbreiten läßt, wird auf die Tatsache verwiesen, daß der Beschluß der Entsendung einer Delegation nach Berlin durch die Reparationskommission einstimmig, d. h., also mit der Zustimmung der französischen Delegation gefaßt wurde.

Die Reparationswünsche des englischen Volkes.

Paris, 21. Aug. Der Londoner Berichterstatter des „New York Herald“ übermittelt seinem Blatte eine Zuschrift des englischen Schriftstellers Sir George Paish zur Reparationsfrage. Dieser ist davon überzeugt, daß die Schwermut in der Reparationspolitik der Verbündeten viel weniger von der englischen Regierung als von freiem Entschluß gefordert, als vielmehr von der englischen öffentlichen Meinung, den Arbeitern, Industriellen, Kaufleuten und Bankiers ihr aufgezwungen wird. Alle Klassen der englischen Bevölkerung sind nach ihm heute von dem Wunsch befallen:

1. daß von der englischen wie von der französischen Regierung die bestehenden Tatsachen anerkannt würden, jeder einzelne Fall sorgfältig beobachtet und die Linie der zu befolgenden Politik völlig neu gezogen werde;
2. daß das französische Volk von den europäischen und allgemeinen Verhältnissen in der ganzen Welt, wie sie heute liegen, völlig unterrichtet werde;
3. daß die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit einem Bankierausschuß vorgelegt werde;
4. daß Deutschland für sämtliche Zahlungen ein Moratorium erhalte, bis der Bankierausschuß über seine Gesamtzahlungsfähigkeit sich ausgesprochen habe;
5. daß eine internationale Anleihe aufgelegt werde, die die unverzügliche Wiederherstellung der zerstörten Gebiete Frankreichs und in den anderen Ländern ermögliche;
6. daß die deutschen Reparationszahlungen in Form von Annuitäten erfolgen, die zur Zinszahlung für eine internationale Anleihe dienen sollen;
7. daß die interalliierten Schulden gestrichen werden;
8. daß sofort für die finanzielle Reorganisation Österreichs gesorgt werde;
9. daß alle Meinungsverschiedenheiten über den Betrag der Reparationen, die Zahlungsweise und andere Fragen, die zwischen Frankreich und England bestehen, vom Völkerbund geregelt werden.

Der Berichterstatter betont ausdrücklich die neuerliche Annäherung Lloyd Georges an diese Gedankenansätze.

Gegen die Retorsionen.

Strasbourg, 22. Aug. Die Handelskammer von Strasbourg veröffentlicht eine Note, worin sie gegen die Beschlagnahme der deutschen Bankguthaben protestiert. Diese Maßnahme habe für den elass-lohnabhängigen nur die nachteiligsten Folgen gehabt. Die Handelskammer fordert darum, daß die Maßnahmen rückgängig gemacht, oder zum wenigsten nur auf die deutschen Bankguthaben im früheren Frankreich angewendet werden.

Um den nahen Osten.

Paris, 21. Aug. Der „Temps“ meldet: Die französische Regierung erhielt im Laufe des Vormittags die britische Antwort bezüglich des nahen Ostens. Die Antwort entspricht den Angaben, die vormittags gegeben wurden. Außerdem regt England an, daß die Alliierten bei der künftigen Konferenz durch die Oberkommissare vertreten werden. Ferner verständigte die italienische Regierung den Quai d'Orsay, daß sie damit einverstanden ist, die Konferenz in Venedig oder in einer anderen Stadt unterzubringen. Man wäre damit einverstanden, die Anordnungen, welche die Kriegführenden vorbringen, und welche die Bestimmungen der Deklaration vom 26. Mai ausschließen könnten, an die alliierten Regierungen zurückzuweisen. — Ferner sandte die britische Regierung eine Note nach Paris, in der nachdrücklich darauf erwidert wird, daß Frankreich ein Drittel der Hunderttausend Goldfranken beziehe, auf die sich die Kosten der Mission zur Untersuchung der Grausamkeiten in Kleinasien belaufen. Der „Temps“ bemerkt, daß die französische Regierung in London bereits darauf hingewiesen habe, daß sie für diesen Zweck keine verfügbaren Kredite besitze und auch in Abwesenheit des Parlaments keine solchen eröffnen lassen könne. Außerdem habe die Untersuchung notwendigerweise politischen Charakter, und es sei durchaus nicht sicher, daß das französische Parlament diese Politik durch Bewilligung der Kredite billige.

Dollarkurs heute 10 Uhr: 1200.—.

Hindenburg in München.

München, 21. Aug. Hindenburg, der gestern Abend in München eintraf, wurde am Bahnhof von Eudendorff und dem Reg.-Präs. von Kahr empfangen und überall, wo er sich zeigte, von der Bevölkerung stürmisch begrüßt. Heute Vormittag fand die große Guldigung der Münchener im Hofgarten statt, die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, die Generalität und die Offiziere, die Studentenschaft, Krieger- und Jugendvereine nahmen daran teil, während die Begrüßung der Reichswehr gefordert am Kiegedor stattfand. Als Hindenburg kurz nach 12 Uhr, begleitet von den Prinzen, Generalen und Behörden, die Front der vieltausendköpfigen Menge abschritt, wurde er begeistert begrüßt. In der Ruhmeshalle feierte ihn der frühere Kronprinz Rupprecht als ruhmgeliebten Führer des großen deutschen Heeres, während Generaloberst Graf v. Borchers die Befriede hielt. Hindenburg dankte mit bewegten Worten und sprach die Hoffnung aus, daß bald wieder bessere Zeiten für unser deutsches Volk und Vaterland kommen möchten. Nach der Guldigungsfeier machte der Generalfeldmarschall Besuche bei dem Kardinal-Erzbischof, dem evangelischen Kirchenpräsidenten, beim Ministerpräsidenten, beim Kronprinzen Rupprecht, dem Prinzen Leopold usw. und trat sodann eine Guldigungsfahrt durch die Stadt an.

Die bairische Frage.

Nach Münchner Meldungen haben die beiden bairischen Minister Schwenner und Gährner dem Ministerrat Bericht erstattet. Der Ministerrat ist der Ansicht, daß die Bedenken, die bisher gegen die Berliner Abmachungen bestanden haben, nunmehr im wesentlichen behoben sind. Das endgültige Ergebnis wird erst nach Mitteilung an die Vertreter der Koalitionsparteien bekanntgegeben werden.

Nach einer Meldung aus Berlin hat der bairische Ministerrat gestern das Berliner Abkommen genehmigt.

Das österreichische Problem.

Berlin, 20. Aug. Bundeskanzler Seipel erklärte gegenüber Pressevertretern, die geistige Ansprache mit dem Ministerpräsidenten Venetich und dem Finanzminister Novak wäre so aufzufassen, daß man sich nicht verhehle, daß die Londoner Konferenz die Lage Österreichs nicht gebessert, sondern eher verschlimmert habe. Die Frage, die er dem Ministerpräsidenten Venetich gestellt habe, und die er demnächst der ganzen Welt stellen werde, sei die, ob es nicht besser wäre, das zentraleuropäische Problem aufzurollen, d. h., ob sich Österreich nicht einen anderen Weg suchen solle, und zwar den Weg einer wirtschaftlichen Anlehnung an einen der Nachbarstaaten oder an eine der bestehenden Mächtegruppen. Venetich habe die Hoffnung ausgedrückt, daß die Gefahr, die aus einem Zusammenbruch Österreichs drohe, erkannt würde. Auf die Frage, wie es sich mit der Anlehnung an Deutschland verhalte, sagte Bundeskanzler Seipel: Wenn eine Anlehnung an eine fremde Regierung in Frage kommen sollte, würde selbstverständlich Deutschland zuerst in Frage kommen.

Der Pariser „Antragsagent“ schreibt: Österreich wendet sich an Berlin, und das ist unser Fehler. Das Blatt hebt hervor, daß Seipel auch noch nach Rom reisen werde. In politischen Kreisen Roms werde erklärt, daß man Seipel auf's Herzlichste aufnehmen werde.

Nassau und die Getreide-Umlage.

Entschließung des Vorstandes der Landwirtschaftskammer.

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer hat in seiner Sitzung vom 17. d. Mts. die nachstehende Entschließung gefaßt: „Die Landwirtschaftskammer für den Reg.-Bez. Wiesbaden weist Reichstag sowie Reichs- und Staatsregierung darauf hin, daß die Durchführung des Gesetzes über die Umlage des Verzehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 für unsere Gegend die schwersten Schäden schaffen wird. Auch die in dankenswerter Weise am 20. 22. d. herabgesetzte Umlage wird angesichts der völligen Getreidemiserie des Nassauer Landes nicht ausreichen sein. Bei allem guten Willen zu ihrem Teil an der Vortragsform der deutschen Bevölkerung nach Kräften mitzuwirken, erklärt die Landwirtschaftskammer sich zur Mitwirkung außerstande, wenn den nassauischen Landwirten unerfüllbare Leistungen zugemutet werden.“

Das in einer — seiner Bedeutung und Wichtigkeit widersprechende — alle durchgesetzte Gesetz hat in völliger Verkennung der wirklichen Sachlage ein Unrecht geschaffen, das nur durch eine bedeutende Deregulierung des Gesamtumlagesolls in Verbindung mit einer der fortschreitenden Geldentwertung Rechnung tragenden Preiserhöhung für das Umlage-Getreide gemildert werden kann.

Der Vesuv wieder in Tätigkeit.

Seit längerer Zeit ist der Vesuv wieder in Tätigkeit. Am 20. Juni hat der diesjährige Ausbruch wohl seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Gegenüber der letzten großen Eruption des Vesuvus im Jahre 1906 scheint die diesjährige freilich erheblich zurückzuführen. Der Lavaausfluß ist geringer. Ueber das Schauspiel, welches der Vesuv beim Ausbruch darbietet, gibt Ferdinand Grautoff, der im Jahre 1906 die Vesuvruption miterleben konnte, in der „Gartenlaube“ eine anschauliche Schilderung, der wir im Hinblick auf die neuerliche Tätigkeit des Vesuvus einiges entnehmen wollen.

Abends leuchtete die dunkle rote Glut des Berges bis in die Straßen von Neapel hinein und am Tage hing eine schmerzhafte Hölle und herrollende Rauchwolke über dem Feuerberg. Von der Südseite des Vesuvus ergoß sich ein mächtiger Lavastrom, der einen Teil der Ortshaus Vesuvio Trece aufschloß. Einzelne Häuser standen wie Inseln in einer schwarzen Steinmaße. Am Ende einer Straßenbahnlinie hatten sich die Lavamassen zu Gebilden aufgebaut, die merkwürdig menschenähnlich anmuteten. Am Ende des Stroms glitzte die bereits verwitternde Lava dem Rots. Das ganze Vorgebiet von Vesuvio Trece war eine riesige riesige Fläche von Rots, und wenn man den Lavaberg hinaufklettern versuchte, so hatte man auch das Empfinden, sich auf knirschendem Rots emporzuarbeiten. Auf diese Feststellung legt Grautoff umso mehr Wert, als in früheren naturgeschichtlichen Lehrbüchern die Lava allgemein als eine schwarze glasartige Masse bezeichnet wird. Diese Schilderung paßt dagegen nur für die Lava kurz nach dem Verlassen des Vulkanfelds, nicht aber, wenn sie schon längere Zeit an der Erdoberfläche liegt und sich abgekühlt hat. Die Lavafurche des Vesuvus erhalten ihre Richtung durch die ganze Struktur des Berges.

Der Vesuvausbruch von 1906 war der größte seit dem Jahre 1872. Der erste bekannte Ausbruch des Vulkans war der, dem Pompeji und Herculaneum im Jahre 79 n. Chr. zum Opfer fielen. Welche Städte wurden bekanntlich von einem gewaltigen Aschenregen begraben, der die Städte vollkommen luftleer abschloß, so daß bei den Ausgrabungen in der Neuzeit alle Pauslichkeiten usw. wohl erhalten zum Vorschein kamen. Unsere Kenntnis vom Leben der Antike ist hierdurch wesentlich bereichert. Der Vesuv war zurzeit jenes Ausbruchs noch bewaldet. Der alte Kraterrand, die sogenannte Somma wurde zerrissen, nur nach der Nordseite steht

Angesichts der Tatsache, daß der zurzeit für das Umlage-Getreide festgesetzte Preis — nicht zum mindesten infolge der unerhört gestiegenen Druschkosten (Kohlenpreise und Arbeitslöhne) — unter den Produktionskosten liegt, fordert die Landwirtschaftskammer sofortige Festsetzung des Preises — auch schon für das erste abgelieferte Drittel — auf $\frac{3}{4}$ des am Tage der Ablieferung notierten Börsenpreises.

Die nassauische Landwirtschaft möchte nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit auf die geradezu verheerenden Folgen hinzuweisen, die die Durchführung dieses unheilvollen Gesetzes mit sich bringen wird; ferner möchte sie nicht unterlassen, auf die Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen, die darin liegt, daß dem Landwirt gerade in einer Zeit, in der er durch die größten Dürremittelanstöße des ganzen Jahres die Ernte des kommenden Jahres sicherstellen soll, eines seiner wichtigsten Verkaufsprodukte — das in diesem Jahre so mangelhaft geerntete Brotgetreide — unter völlig unzureichender Bezahlung großenteils abgenommen wird.

Wenn die gesetzgebenden Körperschaften diesen dringenden Mahnrufen der Landwirtschaft ihr Ohr verschließen, mögen sie auch die Verantwortung für ein völliges Versagen bei der Aufbringung der Umlage auf sich laden. Soll die Gefahr eines bedeutenden Rückganges der Getreideanbauflächen für 1923 abgewendet werden, so ist möglichst baldige Abänderung des Gesetzes in dem von uns geforderten Sinne ein dringendes Erfordernis.

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer hat diese Entschließung an die maßgebenden Behörden in Berlin gesandt und ihr eine eingehende Begründung beigelegt, nach welcher an Hand einwandfreien Materials allein der Druschlohn für einen Hektar Getreide sich auf über 110 Mark errechnet. Es ist nach Angabe der Landwirtschaftskammer der Nachweis unschwer zu erbringen, daß der für das Umlagegetreide festgesetzte Preis unter solchen Verhältnissen den Produktionskosten nicht entspricht.

Hierzu wird aus landwirtschaftlichen Kreisen geschrieben: Die Agitation über die Getreide-Umlage steht leider ganz im politischen Wahrwasser und tobt sich zum Teil in den immer wiederkehrenden Worten von dem „Dücker der Bauern“, die „nie genug kriegen können“ usw., aus.

Die Verhältnisslosigkeit, mit welcher weite Kreise der städtischen Bevölkerung häufig berechtigten Forderungen der Landwirtschaft gegenüberstehen, ist leider sehr bedauerlich und nur zu sehr geeignet, den so dringend nötigen Wirtschaftskreislauf zu gefährden. Wenn die Landwirtschaft sich die im kaufmännischen Leben üblichen Geschäftsmaximen, soweit sie nach der Spruchpraxis der Richtergerichte als nicht anfechtbar anzusehen sind, beim Verkauf ihrer landwirtschaftlichen Produkte zu eigen machte, so würden wir mit ganz enormen Preisen zu rechnen haben. Kein Städter findet noch etwas dabei, wenn ihm im Laden beim Kauf irgend eines Gegenstandes vorgehalten wird, der Preis sei seit gestern um so und so viele Prozent gestiegen, weil die neueinzelkaufende Ware sich inzwischen verteuert habe. Das würde aber wohl der Städter sagen, wenn der Landwirt plötzlich erklärte, ein Hektar Getreide kostete von heute an 100 oder 150 Mark mehr, weil die „neue Ware“ (für ihn das Getreide der nächstjährigen Ernte) infolge der sprunghaften Steigerung der Preise für künstliche Düngemittel und Arbeitslöhne und der anderen für die Reproduktion (Wiederbeschaffung) notwendigen Mittel viel teurer zu stellen würde. — Wenn der Bauer mit seinen landwirtschaftlichen Produkten von Zeit zu Zeit etwas aufschlägt, erhebt sich meistens ein fürchterliches Geschrei bei den städtischen Konsumenten. Wenn aber der Landwirt — wie hier fürstlich geschehen — durch Schiedsgericht, des Schlichtungsausschusses gezwungen wird, seinen Arbeitern außer freier Beschäftigung, Wohnung und Deputat einen Wochenlohn von 800 Mark (also neben seiner Beschäftigung 41.000 M. Barlohn pro Jahr) zu bezahlen, so wird dieses — die Erzeugungskosten erheblich beeinflussende — Moment nicht weiter beachtet. Wenn der Landwirt aus den angeführten Gründen den Eier- oder Butterpreis erhöht, entsteht regelmäßig eine riesige Aufregung. Wenn aber die Industrie in ihren Jahresberichten große Gewinne verzeichnet und 30 und 40 Proz. Dividende an die durchweg wohlhabenden Aktionäre verteilen kann, während zu gleicher Zeit Hunderttausende von Deutschen die von den betreffenden Industrien hergestellten Gegenstände nicht mehr kaufen können, so kimmert sich kein Mensch darum. — Darum sollten die städtischen Kreise die städtischen Nebenarten und Schlogeworte von den „unverschämten Bauern“ zu Hause lassen und mit Verständnis auf die leider nicht immer rosig Lage der Landwirte blicken. Es könnte dadurch im Laufe der Zeit ein Verhältnis geschaffen werden, das nicht nur beiden Teilen zum Nutzen gereichen, sondern dem ganzen Vaterlande dienen könnte. Wir haben doch wahrlich von außen Feinde genug und sollten darum im Innern wie ein Mann zusammenstehen und zusammenhalten, wo es möglich ist. Und hier ist eine Verständigung möglich. Der einsichtige Städter hat von jeher das Recht sich in Anspruch genommen, gegenüber dem Landwirt eine höhere Bildung zu besitzen. Die soll er dadurch bezeugen, daß er Verständnis für den schweren Berufsstand des Landwirts zeigt.

er im Halbkreis und teilweise an der Südseite. Auf dem Grunde des alten Kraters innerhalb der steilen Wände der Somma ist ein zentraler zentraler Gipfel aus Asche und Auswurfstein aufgeschüttet. Tritt nun aus diesem Gipfel Lava heraus, so fließt sie entweder nach Süden oder sie ergießt sich in die Schlucht zwischen dem neuen Aschenkegel und dem Nordrand der Somma, dessen Sohle dadurch erhöht wird und aus dessen Ausgängen der Feuerstrom entweder nach Westen durch die Schlucht, in der das Observatorium steht und dann auf Vortici und Refina oder nach Osten durch mehrere Rillen in der Richtung auf Vesuvio Trece, Vesuvio Reale und Torre del Annunziata abfließen kann. Im Jahre 1872 wurden aus dem Vesuv so gewaltigen Mengen Asche herausgeschleudert, daß sogar bis nach Konstantinopel Asche flog. Derartige Aschenregen entstehen dadurch, daß der Aschenkegel des Berges, der sich immer wieder neu bildet, völlig in die Luft geblasen wird. Bei dem diesjährigen Vesuvausbruch handelt es sich um eine sogenannte Strombolianische Tätigkeit, d. h., es werden beständig glühende Lavabälle emporgeschleudert, die in der Luft zu festen Bomben — etwa 10 Zentimeter Durchmesser — erstarrten, während flüssige Lava nur in ganz geringer Menge austritt.

Der blamierte Sachverständige.

Um ein Haar hätte jüngst ein anonymes Brief, noch dazu ein gefälschter, in der inneren Politik Brasiliens weittragende Wirkungen geübt. Es handelt sich um ein Schreiben, in dem die Armee des Landes schwer beschimpft wurde, und dessen Verfasser man in dem jetzigen Präsidenten der brasilianischen Republik, Artur Bernardes, sehen wollte. Während des Wahlkampfes um die Präsidentschaft hatte ein Bernardes feindliches Blatt in Rio de Janeiro diesen Brief veröffentlicht, weil es in ihm eine fürchtbare Waffe gegen den Präsidentschaftskandidat in der Hand zu haben glaubte. Bernardes wies mit Entrüstung die Verfälschung des Schreibens zurück, und die zur Verantwortung herangezogenen Schreibsachverständigen Brasiliens sprachen sich auch einstimmig dahin aus, daß der Brief gefälscht sei. Das Blatt beruhigte sich dabei aber nicht, sondern sandte den Originalbrief mit Proben der Handschrift des Verfälschenden nach Lyon, um ihn dort dem Schreibsachverständigen, der sich bei dem vielgenannten Prosej wegen der anonymen Schmähschriften in Tulle einen Namen gemacht hatte, vorzulegen. Der französische Gutachter er-

Mitteilungen aus aller Welt.

Auch eine entthronte Königin.

Für Fürsten steht zurzeit ein alter Wind in der Welt. In Paris hat zum letztenmal die Krönung der „König der Königinen“, die bei dem Mi-careme-Fest erwähnt wird, stattgefunden. Bei dem bei dieser Gelegenheit veranstalteten Festessen kündigte der Vertreter des Festausschusses an, daß in Zukunft mit dem alten Brauch gebrochen und eine neue Königin nicht mehr gewählt werden solle. Diese wurde bisher regelmäßig jedes Jahr von den Arbeiterinnen im Arbeiterviertel von Paris gewählt und dann feierlich gekrönt. Während der Zeit ihrer Herrschaft genoß sie besondere Vorteile. Als Grund für die Entthronung aus dieser Königin wird angegeben, daß der Besitz der vorübergehenden Würde meist den jungen Damen den Kopf verdrehte und in ihnen den Wunsch entfiel, lieber als Filmstern oder als Schauspielerin ein beglücktes Leben zu führen, denn als Arbeiterin ihr Brot zu verdienen. Um aber den Pariserinnen eine gewisse Beschäftigung der weiblichen Eitelkeit zu gewähren, sollen anstelle der Königin in Zukunft mehrere „Bienen“ gewählt werden, wobei es vorläufig unentschieden bleibt, ob die Bienen unter sich nicht doch wieder eine Königin geben werden. An die Stelle des Besitzes der Arbeiterinnen sollen Umlage in historischen Kostümen usw. treten.

Eine Grubenkatastrophe. Aus Krakau, 21. Aug., wird gemeldet: Bei einer Grubenkatastrophe in Sierz sind bisher acht Leichen geborgen worden. Siebzehn Vergleute werden noch vermißt. Die Rettungsarbeiten erfordern eine vollständige Umlage des verschütteten Berges, jedoch keine Hoffnung besteht, daß die vermissten siebzehn Vergleute mit dem Leben davonkommen.

Nieder ein Autounfall. Aus Hülshorst a. d. Oder, 21. Aug., meldet ein Drahtbericht: Heute vormittag ist das Personauto des Ritterguts Sierzdorf in der Nähe von Hülshorst verunglückt. Es geriet durch zu schnelle Fahrt auf der Chaussee bei Sierzdorf auf einen Sommerweg und stieß gegen einen Eibbaum. Das Auto wurde zertrümmert und von dem drei Insassen waren zwei sofort tot, der dritte wurde schwer verletzt.

Zwillingspaar von Zwillingen. Eine bei Newport in der englischen Grafschaft Monmouthshire lebende Frau brachte kürzlich zum fünften Male ein Zwillingenpaar zur Welt; die Zahl ihrer Kinder beträgt jetzt 17. Wie der Bericht des örtlichen Gesundheitsrates hervorhebt, handelt es sich hier um einen bemerkenswerten Fall erblicher Fruchtbarkeit. Die reichgelegnete Mutter war, ebenso auch wie ihre eigene Mutter, die 22 Kindern das Leben schenkte, ein Zwilling.

Explosion auf hoher See. Nach funkentelegraphischen Meldungen aus Amerika erfolgte am Nord des Ozeans „Adriatic“ der White Star Linie, der kürzlich von Liverpool mit 900 Passagieren nach New-York abgefahren war, in einer Entfernung von 300 Kilometern von der amerikanischen Küste im Ozeanraum eine gewaltige Explosion. Nach den ersten Nachrichten war die Mannschaft noch mit der Rettung des Brandes beschäftigt und hatte Hilfe erbeten. Spätere Nachrichten bestätigten aber, daß es der „Adriatic“ möglich war, mit eigenen Mitteln die Fahrt fortzusetzen; die Passagiere sind alle in Sicherheit, nur zwei Mann der Besatzung wurden getötet und zehn verwundet.

Selbstmord einer Sechsjährigen. Das sechsjährige Töchterchen eines schwedischen Arbeiters, namens Binblad aus Rönneby, hat kürzlich ihren dreijährigen Bruder vom sicheren Tode gerettet. Der Kleine spielte auf den Eisenbahnschienen, als ein Zug heranbrause. Ohne der Gefahr zu achten, rief das Mädchen den Bruder zurück, wurde aber selbst von der Maschine erfasst und so schwer verletzt, daß es nicht mehr zu retten war.

Berliner Devisenmarkt.

An der gestrigen Berliner Börse wurden bezahlt für	
100 belgische Franken	8 877,85 Mark
1 Pfund Sterling	5 253,40 "
1 Dollar	1 168,53 "
100 französische Franken	9 398,25 "
100 schweizerische Franken	22 322,05 "
100 österreichische Kronen	1,43 "
100 polnische Mark	14,00 (nicht amtl.)
100 holländische Gulden	45 602,80 "

Amtlicher Wetterbericht.

Höchstwärme des vergangenen Tages	22 Celsius
Tiefstwärme der letzten Nacht	9 Celsius

Voraussichtliche Witterung für morgen:

Volkig, Gewitterbildung, wärmer. Eine näherkommende Depression stellt erneuten Wetterumschlag in Aussicht.

Wäre auch mit aller Bestimmtheit, daß der Brief von Bernardes gefälscht sei, was indessen nicht verhinderte, daß dieser Brief aus der Wahl hervorging. Als er somit war, erfolgte ein überraschender Szenenwechsel. Von Gewissensbissen gequält, legte sowohl der Urheber der Anträge gegen Bernardes wie der geschätzte Häufchen ein umfassendes Geständnis ab, und um jeden Zweifel an der Wahrheit seiner Selbstanklage zu beseitigen, ohne der Häufchen in Anwesenheit der anwesenden Schreibsachverständigen Brasiliens die Handschriften anderer brasilianischer Staatsmänner so überzeugend nach, daß die Sachverständigen keinen Unterschied zwischen der echten und der gefälschten Schrift zu finden vermochten. Der Leidtragende bei der Affäre ist der „Epoux“ Schreibsachverständige, der sein in Tulle erworbenes Renommee weithin gefährdet sieht.

Briefmarkensammler-Ede.

Wozu das Briefmarkensammeln gut ist. Aus dem in Tull abgehaltene 9. Philatelistenkongreß von Groß-Britannien hat wie die Tullinger „Briefmarken-Rundschau“ erzählt, der Oberst Bates mit einem Vortrag über das Sammeln der Jugendlichen viel heiteren Beifall hervorgerufen. Er berichtete, daß kürzlich habe sich eine Mutter bei ihm bedankt, weil er ihren Sohn, einen angehenden jungen Philatelisten, zum ersten Mal dazu gebracht habe, sich regelmäßig die Hände zu waschen. Zur Freude der Versammlung meinte der Vortragende, indem er das englische Sprichwort: „Unschicklichkeit kommt gleich nach Gottesfurcht“ zitierte, daß man den Wert der Philatelie für die Jugend schwerlich schlagender beweisen könne.

Ein Markenland weniger. Bei der ständig zunehmenden Zahl der Marken ausgebenen Gebiete und der Mäßigkeit, die in der Produktion von Postwertzeichen einfließen, ist es nicht unerkennbar, wenn auch einmal wieder ein Land aus dieser Reihe ausfällt. So hat jetzt Mittelitalien als Markenland zu bestehen aufgehört. Seit dem 18. April 1922 haben dort nur mehr postliche Marken Gültigkeit. Da in den zwei Jahren ihrer Tätigkeit die mittelitalienischen Postbehörden es aber an Geschäftseifer nicht fehlen ließen und alle Marken sowohl gezähnt als auch ungezähnt herausstrichen, haben sie, wie der „Internationale Briefmarken-Courier“ feststellt, doch die Sammelwelt um neunzig neue Sorten bereichert.

Wahlbestimmungen.

